

NACHRICHTEN

Pollizei fand bereits 50 Hisbollah-Opfer

ISTANBUL: Die Polizei hat am Montag im südtürkischen Antalya und im ostanatolischen Diyarbakir zwei weitere mutmassliche Opfer der radikal-islamischen türkischen Hisbollah gefunden. Damit steigt die Zahl der Opfer auf 50. Das türkische Innenministerium erklärte zudem am Montag, dass in den vergangenen zwei Wochen 938 Verdächtige in Gewahrsam genommen wurden. 221 der Festgenommenen würden angeklagt. Bei Durchsuchungen in 44 Provinzen des Landes seien zahlreiche Waffen gefunden worden. Die türkische Polizei hatte in den letzten zwei Wochen bereits in Istanbul, Ankara, Konya, Adana und Tarsus Leichen ausgegraben. Die Opfer waren gefoltert und verscharrt worden. Bei den meisten der Opfer handelt es sich um Geschäftsleute. Die Hisbollah («Partei Gottes») ist in den 80er Jahren im Südosten der Türkei entstanden. Die Extremisten-Organisation hatte sich Berichten zufolge lange Jahre Kämpfe mit der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) geliefert.

Neuer Kommandant für schnelle Eingreiftruppe

MÖNCHENGLADBACH: An der Spitze der schnellen Eingreiftruppe der NATO steht künftig Generalleutnant Christopher Drewry. Bei einer Militärparade in Mönchengladbach übergab der Oberste Alliierte Befehlshaber, General Wesley Clark, dem Briten das Kommando über bis zu zehn Divisionen mit 200 000 Soldaten. Clark bezeichnete das Eingreif-Korps, das seine Soldaten bei Bedarf aus 17 NATO-Ländern rekrutiert, als «sehr bewährt und einzigartig». Drewry löst nach drei Jahren turnusgemäß seinen Landsmann, Generalleutnant Sir Mike Jackson, ab. Das Schnelle Eingreif-Korps (Allied Command Europe Rapid Reaction Corps - ARRC) wurde 1992 gegründet. 1996 und 1999 bestand es Bewährungsproben bei Einsätzen auf dem Balkan. Das ARRC-Hauptquartier befindet sich in Rheindahlen bei Mönchengladbach (Nordrhein-Westfalen). Drewry ist der vierte Kommandant der Truppe. Der 52-Jährige hat in Oxford Französisch und Deutsch studiert. 1982 nahm er am Falkland-Krieg teil und war zuletzt in Führungspositionen im britischen Verteidigungsministerium.

28 Tote bei Kämpfen in Algerien

ALGIER: Bei neuen Gewalttaten in Algerien sind am Wochenende 28 Menschen getötet und zehn weitere verletzt worden. Wie die algerische Presse am Montag berichtete, überfielen in der Nacht zum Sonntag mutmassliche moslemische Fundamentalisten eine Militärkaserne in der Region Batna. Bei dem Angriff seien elf Wachposten ums Leben gekommen. In der Nähe von Algier wurden demnach am Samstag zwei Polizisten getötet. Am Sonntag wurde ein Soldat in der Region von Bouira getötet, der in eine Strassensperre geraten war. Bei Kämpfen im Osten des Landes hätten algerische Sicherheitskräfte zudem acht islamische Fundamentalisten getötet, berichtete die Zeitung «Liberté». Bereits am Sonntag hatte die Presse von sechs Toten berichtet, die bei Anschlägen im östlichen Kabylien ums Leben kamen.

Granatenexplosion: Sechs Verletzte

SARAJEVO: Bei der Explosion einer Handgranate in einem Café in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo sind am Sonntag sechs Menschen verletzt worden. Wie die Polizei am Montag mitteilte, liess ein Unbekannter die Granate mitten in dem Café im Vorort Grbavica explodieren. Er konnte entkommen. Es sei unklar, ob es sich um einen Unfall oder einen Anschlag handelte, teilte die Polizei weiter mit. Bei den Verletzten handele es sich um junge Moslems.

Zwei Soldaten in Südlibanon getötet

TYRUS: Bei einem Angriff der Schiitenmiliz Hisbollah sind am Montag in Südlibanon zwei israelische Soldaten getötet worden. Wie die libanesischen Sicherheitskräfte mitteilten, schoss ein Hisbollah-Kommando auf eine in Issije stationierte israelische Einheit. Die israelische Luftwaffe flog am Sonntagabend und Montagmorgen Angriffe gegen Stellungen der Hisbollah. Am Sonntagnachmittag war der stellvertretende Chef der mit Israel verbündeten Miliz Südlibanonische Armee (SLA), Akel Hachem, getötet worden.

WIEN/LISSABON: Österreich muss mit politischer Isolierung in der EU rechnen, wenn die Freiheitliche Partei (FPÖ) des Rechtspopulisten Jörg Haider an der Regierung beteiligt wird. Das haben die Staats- und Regierungschefs der anderen 14 EU-Staaten beschlossen.

Die EU-Staaten würden in einem solchen Fall keine offiziellen, bilateralen Treffen mit Vertretern der österreichischen Regierung mehr abhalten, hiess es in einer am Montag veröffentlichten Erklärung der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft in Lissabon.

Treffen mit den österreichischen Botschaftern in den Hauptstädten der Union werde es dann nur noch auf Beamtenebene geben, sagte der portugiesische Ministerpräsident und amtierende Ratspräsident der EU, Antonio Guterres. Diplomaten in Brüssel sprachen von einem einmaligen Vorgang in der Geschichte der EU.

«Ich werde versuchen, den portugiesischen Aussenminister telefonisch zu erreichen», sagte der österreichische Aussenminister und ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel in einer ersten Reaktion. «Ich würde es allerdings befremdlich finden, wenn die 14 EU-Staaten ohne Konsultationen mit dem Mitgliedsstaat Österreich zu einem



Haider zog seine Äusserungen über den französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac und die belgische Regierung zurück. (Bild: Keystone)

solchen Beschluss gekommen wären.»

Abzug der Botschafter vorgeschlagen

Frankreich schlug einen möglichen Abzug sämtlicher EU-Botschafter aus Österreich vor, um eine Regierungsbeteiligung der Haider-Partei zu verhindern. Zudem solle es für Österreicher keine internationalen Ämter mehr innerhalb der

EU geben. Der deutsche Aussenminister Joschka Fischer bezeichnete eine Regierungsbeteiligung der FPÖ als «Riesenfehler», der einen «Blockadefaktor für die europäische Integration» darstelle. In Brüssel protestierten am Montagabend rund 400 Menschen vor der österreichischen Botschaft in Brüssel gegen eine mögliche Regierungsbeteiligung der FPÖ. Die Schweiz wollte sich am Mon-

tag zur EU-Erklärung nicht äussern. Bern «kommentiere gewöhnlich keine Entscheide anderer Länder», sagte Livio Zanolari, Sprecher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda.

Haider entschuldigt sich

Haider hatte zuvor seine Äusserungen über den französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac und die belgische Regierung zurückgezogen.

Am Montagvormittag hatte Haider seine Vorwürfe noch bekräftigt: «Wir haben uns für nichts zu entschuldigen. Ich nehme mir heraus, jeder Form der Herabsetzung und Beschimpfung der Demokratie aus dem Ausland schärfstens entgegen zu treten», hatte er in Klagenfurt gesagt.

«Irritationen ausgeräumt»

Nach dem Treffen mit Klestil sagte Haider, die «Irritationen» seien ausgeräumt worden. Klestil werde nun die ausländischen Kritiker «aufklären», sagte Haider. Er will bis Mittwoch mit der konservativen Volkspartei (ÖVP) eine Regierung bilden.

Zu diesem Zweck habe er mit Klestil bereits die Namen einiger möglicher FPÖ-Minister erläutert. FPÖ und ÖVP würden bei der Regierungsbildung «keinen Schritt ohne die Zustimmung Klestils» unternehmen, fügte Haider hinzu.

FPÖ: «Kein Anlass für Aufregung»

WIEN: Die FPÖ des Rechtspopulisten Jörg Haider hat sich von den EU-Drohungen mit einer Isolierung Wiens für den Fall eines FPÖ-Regierungseintritts unbeeindruckt gezeigt. Dies sei «kein Anlass für Aufregung», erklärte FPÖ-Generalsekretär Peter Westenthaler auf Anfrage der österreichischen Nachrichtenagentur APA. Es gebe ja noch keinen Boykott und bei Erklärungen seien «immer unterschiedliche Interpretationen möglich», fügte er hinzu. Die FPÖ wolle durch ihr Programm überzeugen. Weitere Ausführungen lehnte Westenthaler ab.

Russland zahlt hohen Preis

In Grosny ergeben sich weitere Rebellen

MOSKAU/GROSNY: Russland hat nach Meinung von US-Aussenministerin Madeleine Albright für den Feldzug in Tschetschenien «mit seinem internationalen Ansehen bezahlt». In Grosny kapitulierten derweil weitere Rebellen vor den russischen Truppen.

Niemand spreche Russland das Recht ab, sein Territorium zu schützen, sagte Albright bei einer Pressekonferenz mit ihrem Amtskollegen Igor Iwanow weiter. Zuvor hatte sie vor einer drohenden Isolierung Russlands wegen der Kriegsführung im Kaukasus gewarnt. Mit der fortgesetzten Militärope-

ration im Kaukasus habe Interimspräsident Wladimir Putin «den Tiger am Schwanz gepackt», wurde sie von der Agentur Itar-Tass zitiert. Der Kreml wies die Warnungen der US-Regierung zurück. Er könne sich nicht vorstellen, wie Russland isoliert werden solle, sagte ein Sprecher.

Im Verlauf einer mehrstündigen Unterredung hatten Albright und Iwanow neben der Lage im Kaukasus die bilateralen Beziehungen ihrer Länder sowie Fragen der weitergehenden atomaren Abrüstung erörtert. Dabei ging es um den von Russland bisher nicht ratifizierten Start-II-Vertrag zum Abbau strategischer Atomwaffen sowie um die

von den USA angestrebte Änderung des 1972 unterzeichneten ABM-Vertrags über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen. Die Pläne Washingtons zum Ausbau des Raketenabwehrschields sind von Moskau bisher entschieden abgelehnt worden.

Dennoch zeigte sich Albright nach den ersten Gesprächen zuversichtlich. «Wir haben in der Vergangenheit immer eine Lösung gefunden und werden auch in diesem Fall eine finden», sagte sie. Iwanow meinte dagegen, dass die Vorschläge der USA zur «Aktualisierung» den ABM-Vertrag unterminieren könnten.

Verzögerungstaktik kritisiert

Friedensprozess im Nahen Osten

DAVOS: Palästinenser-Präsident Jassir Arafat hat am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos die «sehr, sehr langsamen Verhandlungen» im Nahost-Friedensprozess kritisiert. In Moskau begannen derweil die Vorbereitungen für die Nahost-Gespräche vom Dienstag.

Die erreichten Resultate würden durch Israels Verzögerungstaktik gefährdet, sagte Arafat in Davos weiter. «Wir laufen Gefahr, die einmalige historische Chance für einen gerechten und langfristigen Frieden zu verpassen», warnte er. Die ganze Welt sei gefordert, den Friedensprozess im Nahen Osten zu retten.

Um einen Frieden in der Region zu erreichen, müsse Palästina das Recht erhalten, einen eigenen und modernen Staat zu schaffen. Dazu müssten die Palästinenser ihre Rechte auf Land und Wasser sowie den uneingeschränkten Zugang zu den internationalen Märkten zurück erhalten.

«Die Siedlungstätigkeit auf unserem Land, speziell in Jerusalem und um die Stadt Bethlehem, muss end-



Palästinenser-Präsident Arafat hat am WEF in Davos die «sehr, sehr langsamen Verhandlungen» im Nahost-Friedensprozess kritisiert.

gültig gestoppt werden», sagte Arafat weiter. Den am WEF anwesenden Wirtschaftsführern versicherte Arafat, dass die Wirtschaft Palästinas auf den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft und privater Initiative basiere.

In Moskau werden am Dienstag nach fast vierjähriger Unterbrechung die multilateralen Nahost-Friedensgespräche unter der gemeinsamen Schirmherrschaft Russlands und der USA wieder aufgenommen.

Schäuble: Treffen mit Schreiber

BERLIN: Der Chef der CDU, Wolfgang Schäuble, hat ein weiteres Treffen mit dem Waffenhändler Karlheinz Schreiber eingeräumt, das er bisher nicht erwähnt hatte. Wie ein Sprecher der Unionsfraktion am Montagnachmittag in Berlin sagte, traf sich Schäuble im Juni 1995 mit Schreiber, der heutige CDU-Vorsitzende, weiss nach eigenen Angaben aber nicht mehr, warum es bei dieser Begegnung ging. Auch das Erste und Zweite Deutsche Fernsehen (ARD und ZDF) meldeten am Montagnachmittag entgegen früheren Angaben habe Schäuble ein weiteres Treffen mit Schreiber eingeräumt. Bisher hatte Schäuble stets betont, Schreiber nur 1994 im Zusammenhang mit der umstrittenen Borspender-Höhe von 100 000 Mark getroffen zu haben. Nach Informationen der ARD hatte Schreiber zunächst die damalige Schatzmeisterin Brigitte Gammmeister aufgesucht und war dann zu Schäuble geleitet worden.